



## Interpellation

**Interpellation Susanne Schmid-Keller betreffend Absage EU-Aktionstag "Ohne Auto in die Stadt"; schriftlich**

Susanne Schmid-Keller und 26 Mitunterzeichnende reichten am 15. Januar 2002 eine Interpellation betreffend Absage des EU-Aktionstages „In die Stadt ohne mein Auto“ ein (vgl. Beilage). Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Am 22. September 2001 beteiligte sich die Stadtverwaltung mit sieben Partnern am EU-Aktionstag 2001 „In die Stadt - ohne mein Auto“. Durchgeführt wurde der Anlass unter dem Motto „St.Gallen - Stadt mobil“ auf dem Bohl und auf dem Grüningerplatz, der an diesem Tag vom Verkehr befreit wurde. Ziel des Aktionstages war es, in einem als Markt organisierten Auftritt möglichst verschiedene Vorstellungen zum Thema Verkehr zu präsentieren und die Bevölkerung für eine nachhaltige Entwicklung des städtischen Lebensraums zu sensibilisieren. Die Stadt war mit einem Stand der Umweltfachstelle zum Thema „Luft und Lärm“ sowie dem Stadtzelt mit einer Präsentation zum Thema „Verkehr - gestern, heute und...“ vertreten. Bei den Partnern handelte es sich um die Ludothek, die MobilityCarSharing, den Spiele-Club, den TCS, den VCS, die Velowerkstatt sowie die VBSG mit dem Ostwind.

Trotz erheblichem Werbeaufwand stiess dieser Anlass in der Bevölkerung auf wenig Interesse und Resonanz. Die Parkhäuser waren wie jeden Samstag gut gefüllt, und die Verkehrsbetriebe stellten trotz Abgabe von Freifahrkarten in den Vorwochen keine Frequenzzunahmen fest. Die Verkehrsplanung beobachtete keine signifikanten Veränderungen im Verkehrsablauf. Auf gute Resonanz stiessen trotz des sehr schlechten Wetters der originelle Trampelwurm und die Strassen-Träume (Kinder bemalten am Freitag Strassenräume nach ihrem Gusto) sowie die Skater-Bahn des TCS. Der Ballonstart, geplant als medienträchtiger Abschluss des Aktionstages, wurde Opfer der miserablen Witterung. Die Waaghaus-Beiz wurde kaum frequentiert. Die Rücklaufquote der Wettbewerbsformulare war ebenfalls äusserst bescheiden. Das Echo in der Schweizer Presse zum EU-Aktionstag war – abgesehen von der



wohlwollenden Berichterstattung im St.Galler Tagblatt – recht negativ; 24heures sprach gar von einem Flop. Dafür kann nicht alleine das schlechte Wetter verantwortlich gemacht werden.

Die einzelnen Fragen beantwortet der Stadtrat wie folgt:

1. Die Verwaltungstätigkeit ist in allen Fachgebieten den Grundsätzen der Nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Dies schlägt sich sowohl im städtischen Leitbild als auch in den Legislaturzielen des Stadtrates und den Jahreszielsetzungen der einzelnen Dienststellen nieder. Ein wichtiges Element der Nachhaltigen Entwicklung ist die Partizipation und Kommunikation. Die Verwaltung braucht Partner, welche die Anliegen der Nachhaltigkeit aktiv mittragen und als Multiplikatoren in der Öffentlichkeit wirken. Alleine wird sie kaum in der Lage sein, eine nachhaltige Stadtentwicklung zu gewährleisten.

Der Stadtrat ging bei der Vorbereitung des EU-Aktionstags 2001 davon aus, dass die Planung und Durchführung des Anlasses in enger Zusammenarbeit mit andern örtlichen Partnern erfolgen werde. Diese Erwartung hat sich leider nicht oder nur teilweise erfüllt. Während der Vorbereitungsphase reduzierte sich der Kreis von ursprünglich 15 möglichen Partnern auf die oben erwähnten sieben Organisationen. Die Stadt musste, teilweise zusammen mit dem TCS, auch die Federführung bei der Vorbereitung und der Durchführung des EU-Aktionstages übernehmen; ihr wurde von Beginn weg die Rolle der Initiantin und treibenden Kraft zugedacht, was auch den hohen Aufwand für diesen Anlass erklärt. Die meisten Partner waren nicht in der Lage, sich am Anlass angemessen zu beteiligen. Die Auswertung nach dem Aktionstag hat ausserdem gezeigt, dass diese Partner von der Stadt teilweise noch ein weiteres Engagement erwarten, auch im finanziellen Bereich. Für den Stadtrat aber stehen Aufwand und Wirkung in keinem Verhältnis, um so mehr, als der Anlass das Ziel auch im Sinne der Nachhaltigkeit weit verfehlt hat. Der Rückhalt bei den Partnern und in der Bevölkerung war zu gering. Der Stadtrat hat daher beschlossen, inskünftig auf eine Teilnahme in dieser Form zu verzichten. Falls aber externe Initianten den EU-Aktionstag im Jahre 2002 oder in den Jahren danach selbstständig organisieren, wäre der Stadtrat im Sinne einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit bereit, einen städtischen Beitrag im Rahmen der ordentlichen Möglichkeiten und des Aufgabenbereichs der Umweltfachstelle zu leisten.

2. Der Stadtrat erteilte im Juli 2001 einen Nachtragskredit von Fr. 40'000.– für die Durchführung des EU-Aktionstages. Damit konnten die Kosten für die Werbung, das Rahmenprogramm und die Ausstellung im Stadtzelt finanziert werden. Der Auftritt der Umweltfachstelle und der Aufwand für das Ökopodium wurden über das ordentliche



Budget bezahlt und verursachten Kosten von ca. Fr. 18'000.–. Die VBSG weist für ihre Teilnahme einen Aufwand von rund Fr. 16'000.– aus. Hinzu kommen Aufwendungen des Strasseninspektorats (ohne Strassenreinigung) in der Höhe von Fr. 1'200.–. Ohne die Arbeitszeit der Beteiligten mitzurechnen, sind der Verwaltung durch den EU-Aktionstag damit Kosten in der Höhe von rund CHF 75'000.– entstanden.

Schwieriger zu quantifizieren sind die erheblichen zeitlichen Aufwendungen der städtischen Projektgruppe und der Mitarbeitenden der Umweltfachstelle im Vorfeld; allein letztere weist dafür 320 Stunden aus. Am Aktionstag selbst wurden ca. 130 Stunden generiert. Gesamthaft dürfte die Stadtverwaltung über 900 Arbeitsstunden für diesen Anlass aufgewendet haben.

3. Der Stadtrat hat seine Haltung zu dieser Frage bereits in seiner Antwort auf den Vorstoss der Interpellantin betreffend EU-Aktionstag „Ohne Auto in die Stadt“ vom 8. August 2000 dargelegt: Aufrufe zu einem freiwilligen autofreien Bettag zeigen keine nachhaltige Wirkung. Sie bleiben weitgehend ungehört.

Noch offen ist das Ergebnis der Beratung der Sonntagsinitiative in den eidgenössischen Räten. In der Frühlingssession 2002 befasste sich der Nationalrat nochmals mit dem Gegenvorschlag für einen autofreien Bettag. Er hält daran fest, und der Gegenvorschlag wird nochmals dem Ständerat vorgelegt. Dieser hatte den Gegenvorschlag des Nationalrates, vor allem wegen des gewählten Sonntags (Bettag), in der Wintersession abgelehnt. Beharrt der Ständerat auf seiner Entscheidung, ist der Gegenvorschlag hinfällig. Würde der Nationalrat aber den autofreien Sonntag auf einen andern Tag als den Bettag verschieben, stünden die Chancen gut, dass auch eine Mehrheit im Ständerat zustande käme. Die Initianten der Sonntagsinitiative würden nach eigenen Angaben in einem solchen Fall ihre Initiative zurückziehen. Die Chancen für einen autofreien Sonntag auf Bundesebene sind also weiterhin intakt.

4. Dem Stadtrat ist nicht entgangen, dass sich die Interpellantin im Rahmen ihrer Diplomarbeit „Auswirkungen der Fussgängerzone auf den Einzelhandel“ an der Forschungsstelle für Wirtschaftsgeographie und Raumplanung der Universität St.Gallen persönlich mit dieser Frage befasst hat. Ob die im Jahre 1993 auf der Basis einer Kundenbefragung gewonnene Erkenntnis, dass Autokunden im Vergleich zu nicht motorisierten Kunden keine höheren Beträge ausgeben, also keine besseren Kunden sind, heute noch zutrifft, kann nicht beantwortet werden. Eine Antwort auf diese Frage könnte nur mit umfangreicher empirischer Feldarbeit, die der Stadtrat den entsprechenden Forschungsstellen überlässt, erarbeitet werden.



5. Der Beizug einer externen Firma oder Organisation würde den Aufwand zusätzlich erhöhen, aber keine Gewähr bieten, dass dem Anlass auch grössere Beachtung geschenkt würde.

Der Stadtrat wird sich auch in Zukunft trotz Verzicht auf eine federführende Teilnahme am EU-Aktionstag für eine nachhaltige Stadtentwicklung einsetzen. Diese Massnahmen müssen aber ein ausgewogenes Kosten-/Nutzenverhältnis aufweisen. Teure Aktionen mit nur marginaler Wirkung machen keinen Sinn.

Der Stadtpräsident:  
Christen

Im Namen des Stadtrates  
Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Interpellation

